

2. Parlamentarisches Forum: Alternative Wirtschaftspolitik in Sachsen

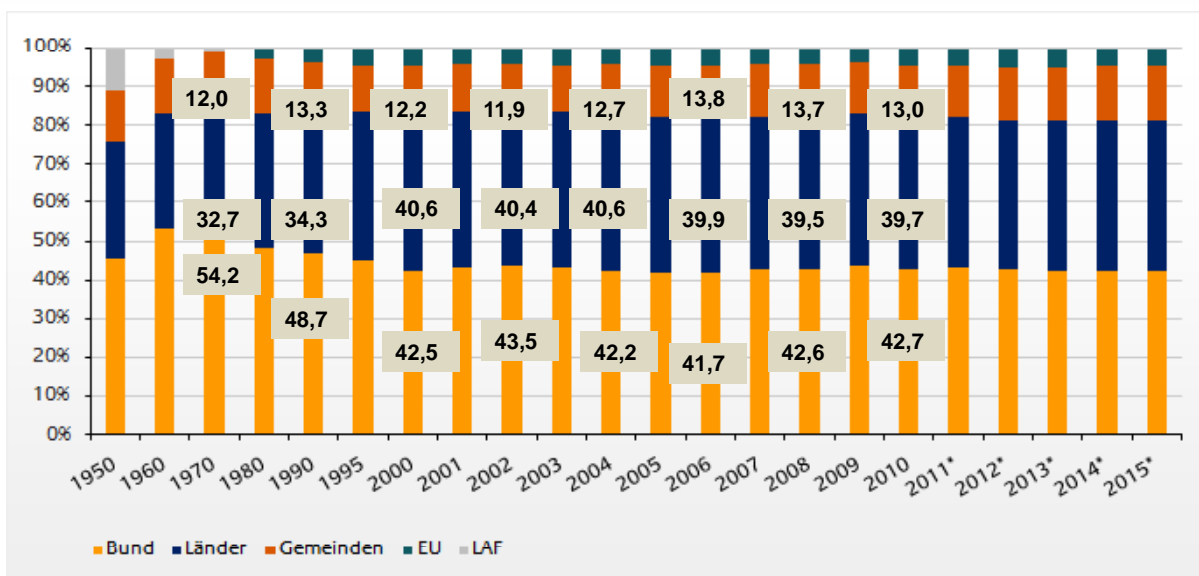
Chemnitz 17. September 2011

Finanzielle Auswirkungen angemessener Steuerpolitik nach Länderfinanzausgleich für den Landeshaushalt und die Kommunalfinanzen in Sachsen

Axel Troost

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften in % des Steueraufkommens

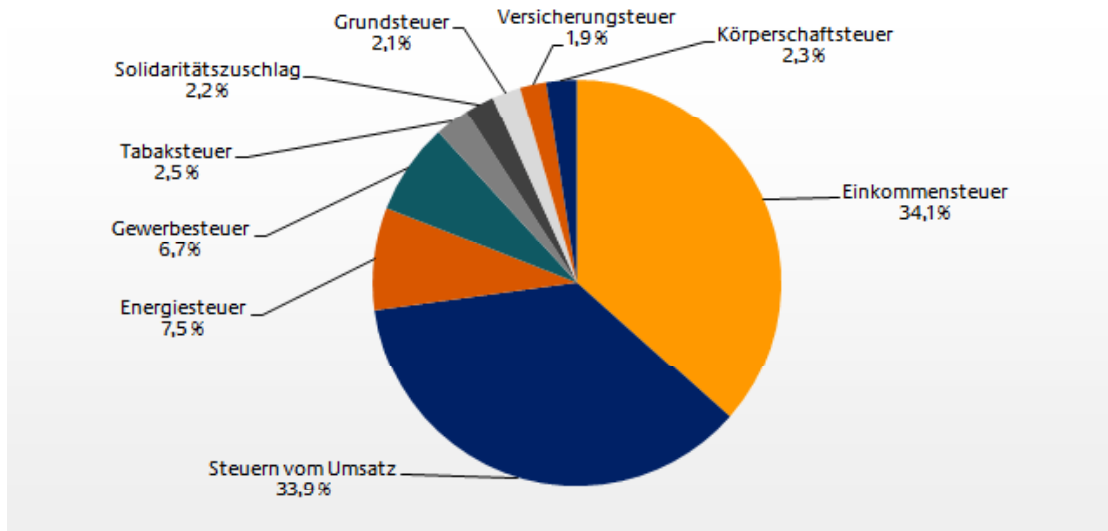


*Steuerschätzung 10.-12. Mai 2011
Quelle: BMF

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Wer finanziert den Staat?

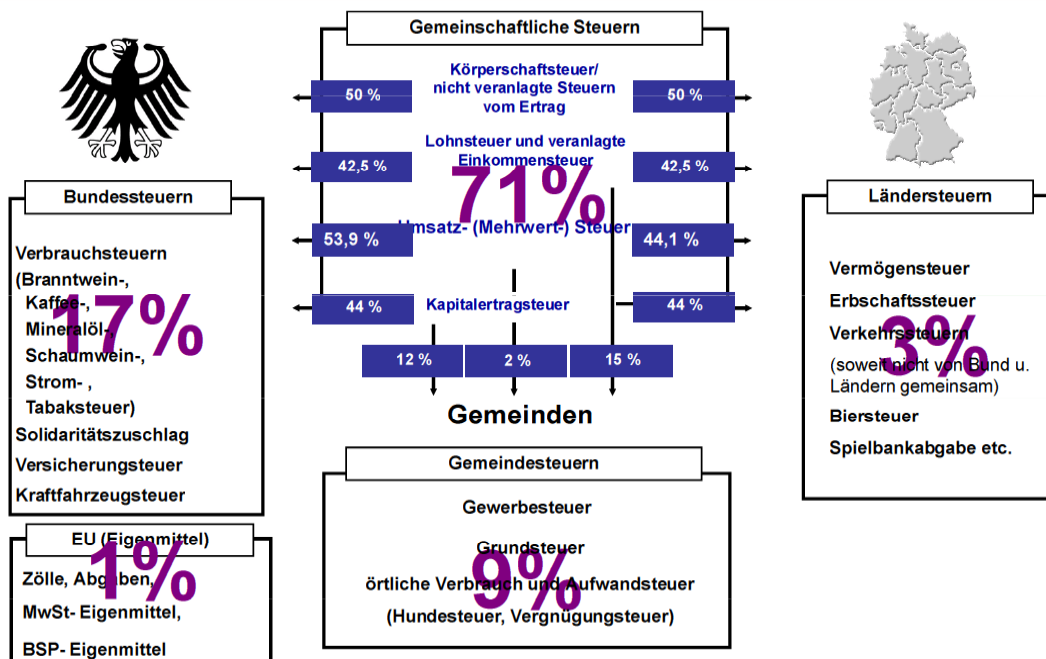
Anteil der Steuerarten am Gesamteueraufkommen 2010



Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF)

Aufteilung der Steuereinnahmen

Stand 2010



Quelle graphische Darstellung: Prof. Dr. Thomas Lenk

Ausschließliche Steuern*

Bund	Länder	Gemeinden
Branntweinabgabe	Biersteuer	Gewerbesteuer
Energiesteuer	Grunderwerbsteuer	Grundsteuer
Tabaksteuer	Lotteriesteuer	Vergnügungsteuer
Kaffeesteuer	Feuerschutzsteuer	Schankerlaubnissteuer
Schaumweinsteuer	Erbschaftsteuer	Jagdsteuer
Versicherungsteuer	Spielbankabgabe etc.	Zweitwohnsteuer
Solidaritätszuschlag	(Millionärssteuer)	Bettensteuer ...
Ergänzungsabgabe		
Kfz-Steuer		

*Aufkommen fließt allein dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zu

Verteilung der Gemeinschaftsteuern (2010)

Steuerart	Anteil Bund	Anteil Länder	Anteil Gemeinden
Lohnsteuer und veranlagte Lohnsteuer	42,5 %	42,5 %	15 %
Nicht veranlagte Steuern / Körperschaftsteuer	50 %	50%	-
Zinsabschlag / Teil der Abgeltungsteuer	44 %	44 %	12 %
Umsatz-(Mehrwert-)steuer	53,9 %	44,1 %	2 %

rechtliche Grundlage: Art. 106 GG

Mehreinnahmen Steuerkonzept DIE LINKE	
Steuer	Milliarden Euro
Millionärsteuer	+ 80
Erbschaftsteuer	+ 7
Unternehmensbesteuerung	+ 35
Gemeindewirtschaftsteuer	+ 7
Finanztransaktionsteuer	+ 27*
Steuervollzug und Steuerhinterziehung	+ 15
Bekämpfung Extrprofite aus Emissionshandel	+ 4
Mehrwertsteuer	- 12
Kerosin-, Schiffbenzinsteuern	+ 4
Bankenabgabe	+ 10
Einkommensteuer	- 11
Zinsabschlag	+ 5
Saldo Mehreinnahmen	+171

* davon 13,5 Mrd. Euro für Klimaschutz und internationale Armutsbekämpfung

1. Gemeindewirtschaftsteuer (I)

Ausweitung Bemessungsgrundlage

- besteuert wird Wertschöpfung abzüglich Lohnkosten, d.h. Gewinn zuzüglich aller Schuldzinsen (Pachten, Mieten....)

Erweiterter Personenkreis

- Steuerpflicht für Kapitalgesellschaften, gewerbliche Unternehmen, selbständig mit Gewinnabsicht ausgeübte Tätigkeiten (Selbständige, Freiberufler)
- Ausnahme: Land und Forstwirtschaft

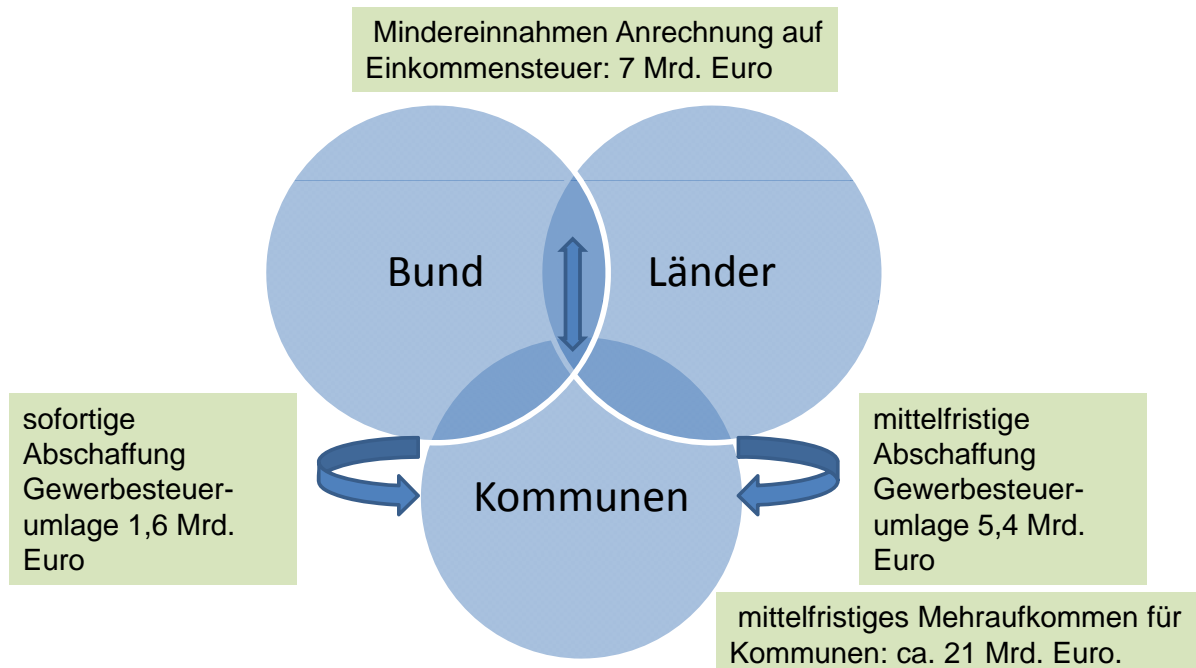
Freibeträge für Kleine Unternehmen, Existenzgründer

- Abzugsfähigkeit von Einkommensteuerschuld bleibt bestehen
- erhöhter Freibetrag bei 30.000 Euro

Abschaffung Gewerbesteuerumlage

- an Bund: sofort
- an Länder: schrittweise bis 2015

1. Gemeindefirtschaftsteuer (II): Minder-/Mehreinnahmen Gebietskörperschaften

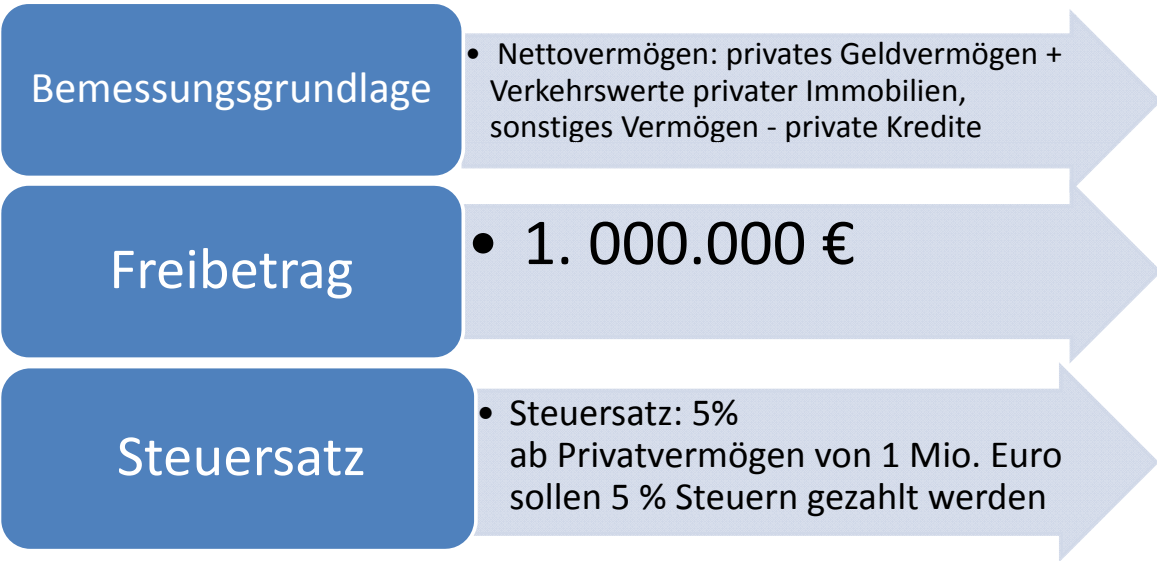


Was heißt das für Sachsen?

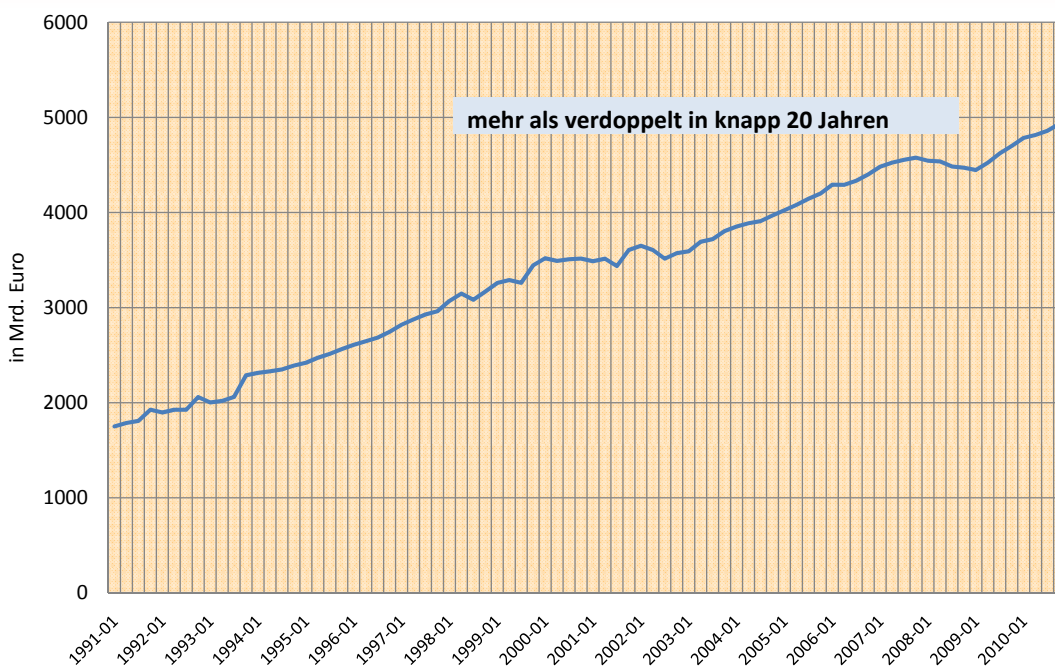
- Veranschlagt (14 Mrd. mehr) auf Werte von 2010 steigt Gewerbesteueraufkommen um 39 %
 - absolutes Gewerbesteueraufkommen bundesweit: 35.737.207.000 Euro
- ähnliche Zuwächse sind bei Gewerbesteueraufkommen Sachsens zu erwarten
 - absolutes Aufkommen 2010: 1.165.416.000 Euro

Plus 454.512.240 Euro

2. Millionärsteuer: 80 Mrd. Euro Mehreinnahmen



2. Millionärsteuer (II): Geldvermögen privater Haushalte insgesamt 1991 bis 2010 (Quartalswerte)



erster Schritt – Initiative „Vermögenssteuerjetzt!“ umsetzen

Vermögenssteuerjetzt!

- Aufruf www.vermogenssteuerjetzt.de mitzeichnen, derzeit rund 24.000 Unterzeichner



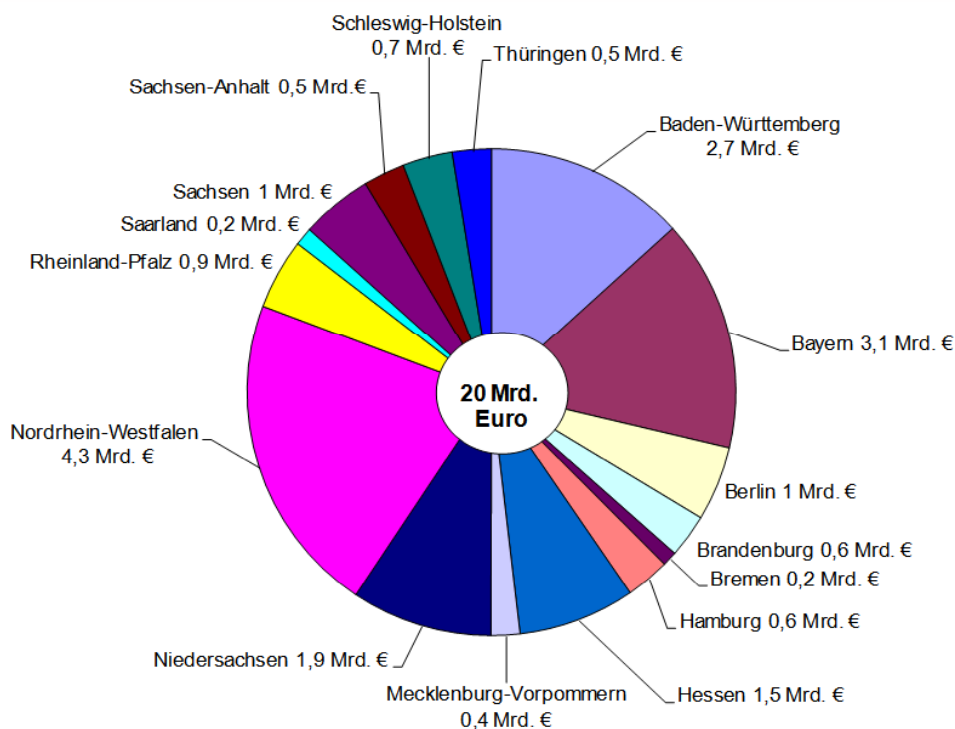
1 Prozent auf Nettovermögen (nach Abzug Schulden)

Freibetrag von 500.000 Euro (Familienhaushalt)

= 20 Mrd. Euro

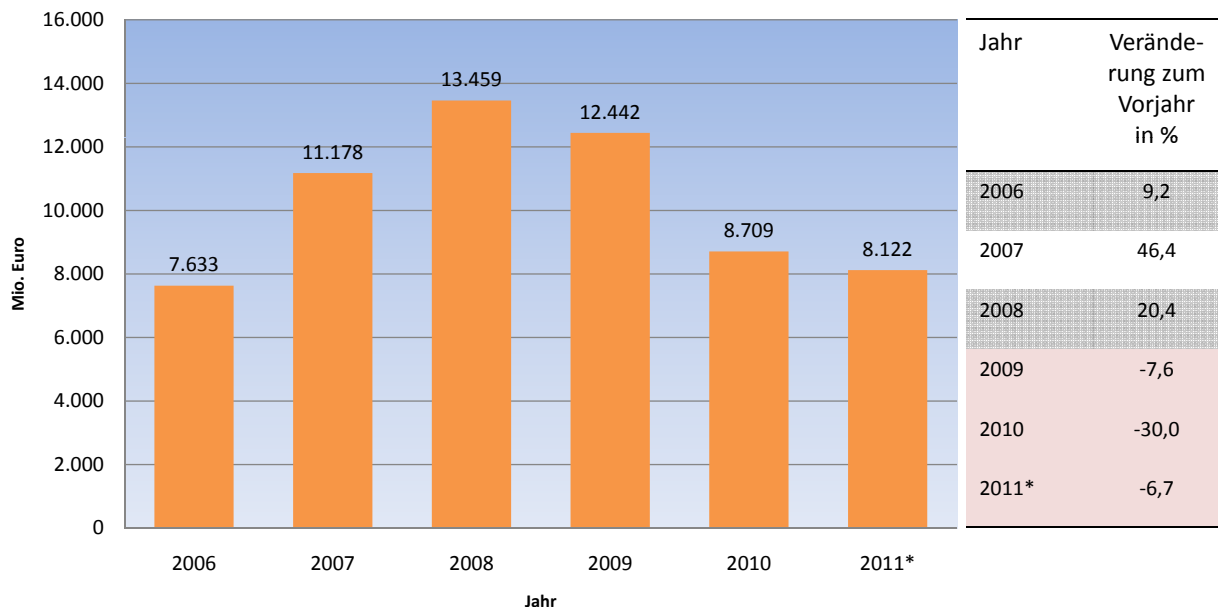
Dr. Axel Troost, MdB

2. Vermögenssteuer für die Bundesländer



Dr. Axel Troost, MdB

3. Abgeltungsteuer*: Entwicklung der Einnahmen in Mio. Euro (I)



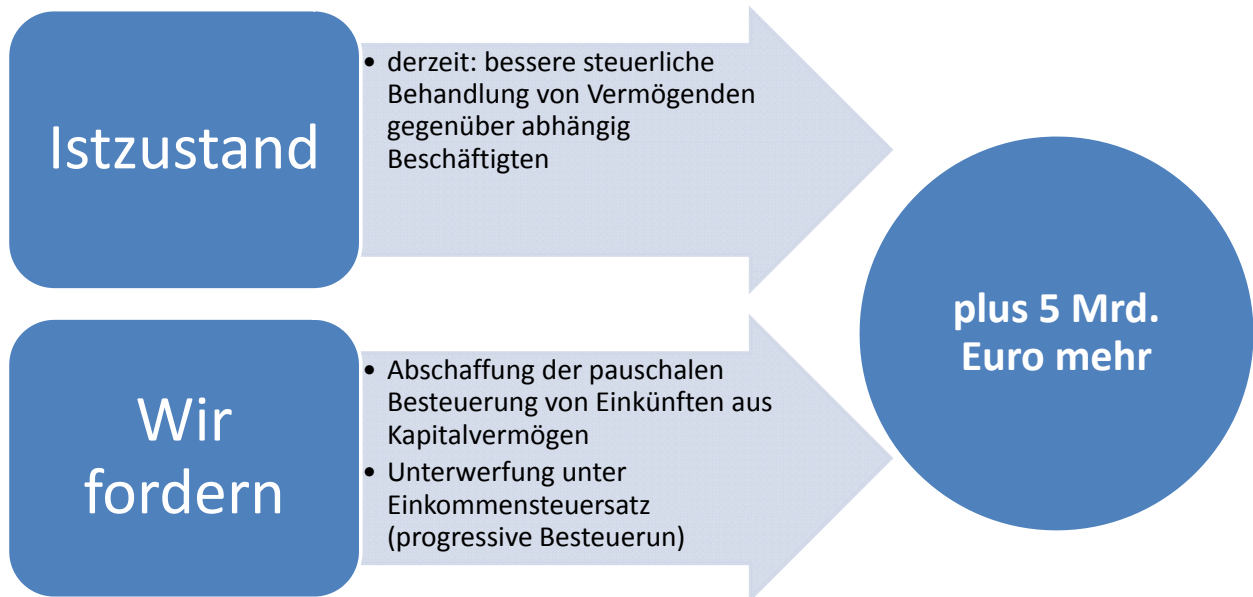
* Bis 2008: Zinsabschlag; ab 2009: Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)
Quelle / Werte: BMF, Entwicklung der Steuereinnahmen, BMF-IA6

3. Abgeltungsteuer – derzeitige Ausgestaltung (II)

- = eine von zwei Erhebungsformen der Abgeltungsteuer
- Abgeltungsteuer auf Dividenden in Finanzstatistik als Hauptbestandteil der „nicht veranlagten Steuern vom Ertrag“
- „Umwandlung“ des vormaligen Zinsabschlags (in Kraft seit 1.1.2009)
 - Senkung Zinsabschlag von 30% auf 25%
 - Anhebung nicht veranlagte Steuern vom Ertrag von 20% auf 25%

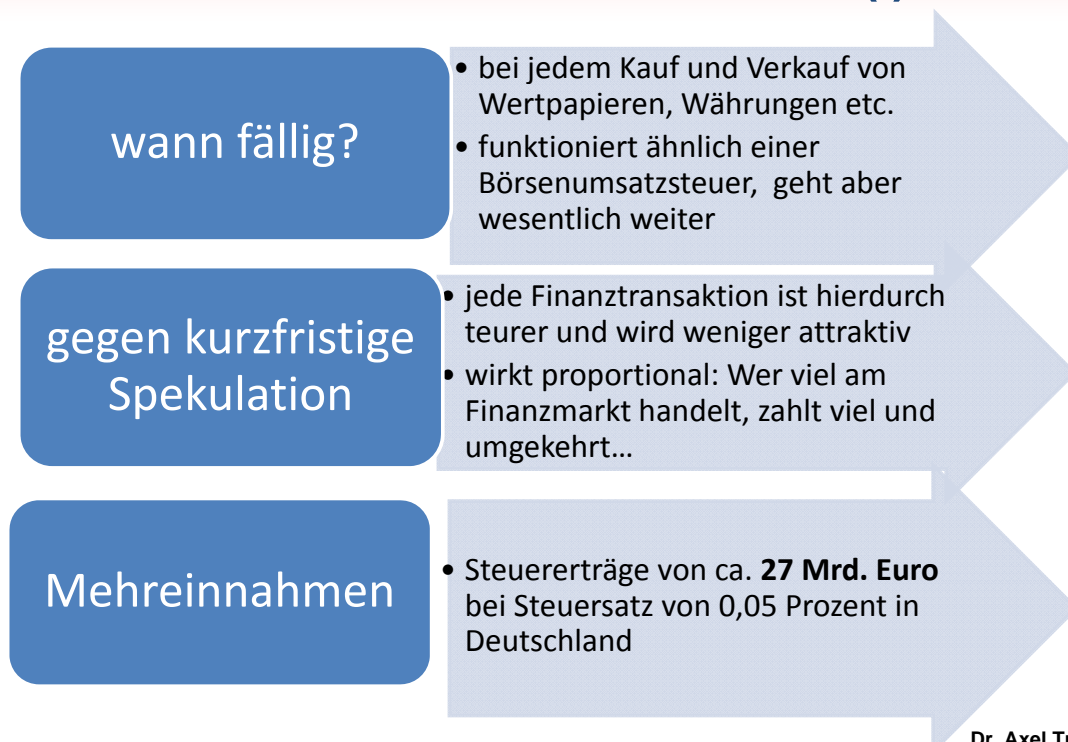
Bundesregierung zu Entwicklung der Einnahmen aus Abgeltungsteuer:
„Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge weisen im Mai 2011 ein Plus von +3,7 % auf, allerdings gegenüber einer äußerst schwachen Vorjahresbasis. Der Abwärtstrend des vergangenen Jahres ist gestoppt, doch führt das niedrige Zinsniveau weiterhin zu einem relativ geringen Aufkommen.“ Quelle: BMF, Monatsbericht Juni 2011

3. Abschaffung Abgeltungsteuer (III)

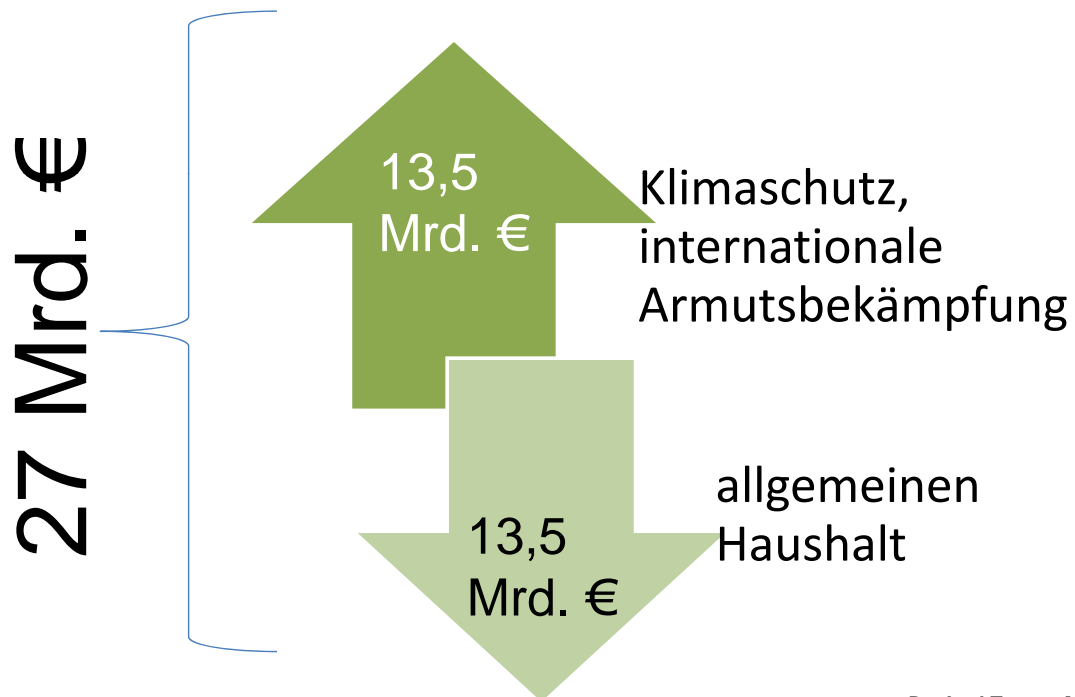


Quelle: Antrag, Bundestagsdrucksache 17/4847

4. Finanztransaktionsteuer: (Mit)-Verursacher der Finanzkrise zur Kasse (I)



4. Finanztransaktionsteuer: Mittelverwendung (II)



5. Verbesserung des Steuervollzuges und Bekämpfung der Steuerhinterziehung

DIE LINKE geht davon aus, dass durch mehr Personal, verstärkte Kontrollen und eine verbesserte Effizienz und Zusammenarbeit Mehreinnahmen erzielt werden können.

*Hinzu kommen Effekte durch die Austrocknung von Steueroasen. Auch wenn Schätzungen von Fachleuten deutlich höhere Mehreinnahmen für möglich halten, geht DIE LINKE in einer sehr konservativen Schätzung von **15 Milliarden Euro aus.***

Mehreinnahmen aus ausgewählten steuerpolitischen Forderungen der LINKEN und ihre Verteilung auf die einzelnen Gebietskörperschaften

	insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden
2010 (Ist)	506	226	210	70
2012 (Prognose)	555	247	229	79
<i>Anteile</i>		44,5%	41,3%	14,2%
Mehreinnahmen				
1) Gemeindefinanzsteuer (brutto)	14,0			14,0
Anrechnung auf Einkommensteuer	- 7,0	- 3,0	- 3,0	- 1,0
Gewerbesteuerumlage		- 1,6		1,6
2) Millionärsteuer				
1. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20,0		20,0	
3) Abschaffung Abgeltungsteuer	5,0	2,1	2,1	0,8
4) Finanztransaktionssteuer (1)	27,0	27,0		
5) Verbesserungen beim Steuervollzug	15,0	7,5	7,5	
Steuereinnahmen nach Reform	629,0	279,0	255,6	94,4
<i>Anteile</i>		44,4%	40,6%	15,0%
Zuwachs Steuereinnahmen absolut	74,0	32,0	26,6	15,4
<i>in %</i>	13,3%	13,0%	11,6%	19,5%

(1) davon 50% für den allgemeinen Haushalt und 50% für Klimaschutz und internationale Amtsbekämpfung

Verteilung der Steuermehreinnahmen der Bundesländer im Länderfinanzausgleich (LFA) nach Einwohnern

Bundesland	Bevölkerung am 31.12.2010	gewichtete Bevölkerung	Anteil
Baden-Württemberg	10 753 880	10 753 880	12,8%
Bayern	12 538 696	12 538 696	15,0%
Berlin	3 460 725	4 671 979	5,6%
Brandenburg	2 503 273	2 503 273	3,0%
Bremen	660 706	891 953	1,1%
Hamburg	1 786 448	2 411 705	2,9%
Hessen	6 067 021	6 067 021	7,2%
Mecklenburg-Vorpommern	1 642 327	1 642 327	2,0%
Niedersachsen	7 918 293	7 918 293	9,4%
Nordrhein-Westfalen	17 845 154	17 845 154	21,3%
Rheinland-Pfalz	4 003 745	4 003 745	4,8%
Saarland	1 017 567	1 017 567	1,2%
Sachsen	4 149 477	4 149 477	5,0%
Sachsen-Anhalt	2 335 006	2 335 006	2,8%
Schleswig-Holstein	2 834 259	2 834 259	3,4%
Thüringen	2 235 025	2 235 025	2,7%
Deutschland gesamt	81 751 602	83 819 360	100%

Verteilung der Mehreinnahmen (Mrd. Euro)

	insgesamt	Bund	Länder	Sachsen*	Ge- meinden
2010 (Ist)	506	226	210		70
2012 (Prognose)	555	247	229		79
Anteile		44,5%	41,3%		14,2%
Mehreinnahmen					
1) Gemeindefinanzierung (brutto)	14			0,45	14
Anrechnung auf Einkommensteuer	-7	-3,0	-3,0		-1,0
Gewerbesteuerumlage		-1,6			1,6
2) Millionärsteuer					
1. Stufe: Umsetzung Vermögensteuer	20		20	1,0	
3) Abschaffung Abgeltungsteuer					
	5	2,1	2,1	0,1	0,8
4) Finanztransaktionsteuer (1)					
	27	27			
5) Verbesserungen beim Steuervollzug					
	15	7,5	7,5	0,38	
Steuereinnahmen nach Reform	629,0	279,0	255,6		94,4
Anteile		44,4%	40,6%		15,0%
Zuwachs Steuereinnahmen absolut	74,0	32,0	26,6	1,48	15,4
in %	13,3%	13,0%	11,6%	8 % (zu 2010)	19,5%
(1) davon 50% für den allgemeinen Haushalt und 50% in Klimaschutz und internationale Amtsbekämpfung					
* Werte für Sachsen auf Grundlage von Einwohnerfaktor 5,0 % von Gesamtbevölkerung					

Dr. Axel Troost, MdB

Wichtige gesellschaftliche Aufgaben erfordern öffentliche Finanzmittel – packen wir es an und Steuern um!

Bildung GEW-Ziel : 10% des BIP bis 2015 (Bildungsgipfel 2008) -7% für Bildung -3 % für Wissenschaft • Ländersache, KITA: kommunal	Kindertagesstätten	8,9 Mrd. Euro ermittelte jährliche Mehrausgaben durch Hans-Böckler-Stiftung (HBS) /Jaich 2008; FES / Klemm: 6,25 Mrd. Euro zusätzlich für 7%-Ziel bis 2015
	Schulen (ohne Baumaßnahmen)	4,95 Mrd. Euro (HBS /Jaich); FES/Klemm: günstige Wirkungen demographischer Wandel
	Berufliche Bildung	670 Mio. Euro (HBS /Jaich): vollzeitschulische Ausbildung
	Weiterbildung	8,72 Mrd. zusätzlicher jährlicher öffentlicher Aufwand (HBS/Jaich)
	Hochschule	6,176 Mrd. Euro jährliche Mehrausgaben zum Abbau der Unterfinanzierung (HBS /Jaich)
ökologischen Umbau Energie •Kommunen, Bund , Länder, EU (Zuweisungen, Fördermittel)	Energiewende	durchschnittlich 0,3 -0,6 Prozent / BIP für (Studie „Klimaschutz bis 2050“, Prognos / Ökoinstitut für kompletten Energiesektor neben Strom, Wärme, Verkehr, verbindet Atomausstieg mit Klimaschutz, Emmissionszielen)*
	CO2-Gebäudesanier. (allein)	Beispiel Schulgebäude: Bedarf 78,5 Mrd. Euro bis 2020 (DifU 2008)
Verkehr •Bund, Länder, Kommunen (77% der Straßen sind in kommunaler Trägerschaft)	Schienen (Ausbau, Sicherung des Bestandsnetzes)	3,2 Mrd. Euro für Ausbau, 2,5 Mrd. Euro für Bestand (Lärmschutz etc.)
	Straßen (Instandhaltung)	2,3 Mrd. Euro Erhaltungsbedarf allein durch vergangenen Winter entstandene Schäden („Schlaglöcher“) (Kommunale Spitzenverbände 10.1.11)
	Kommunalen Nahverkehr stärken	38,4 Mrd. Euro Investitionsbedarf Kommunalen Personennahverkehr über Zeitraum 2006-2020 (DifU 2008)